

Abonnementpreis viertel 4 1/2, halbj. 8, incl. Frachtporto 5, durch die Post bezogen 6. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter: ohne Postbeförderung 25 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserate 5 gesp. Zeitzeile 30 Pf. Größere Schriften laut tarifem Preisverzeichnis. — Tabellarischen Satz nach höherem Tarif.

Reklame unter dem Reklamenschild die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expeditions zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postcheck.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Er erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Besprechstunden der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.
Für die Redaktion eingesandene Manuscripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.
Namentlich der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 11 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Städten für Zus. Anzeigen:
Otto Riemann, Universitätsstr. 22.
Hans Böcker, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 12. Mai a. c., Abends 6 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerstraße.
Tagesordnung:

- I. Gutachten des Bau-, Oeconomie- und Verfassungsausschusses über:** a. das Verfahren des Rathes bei Entschädigung von Adjacenten der Nordstraße für Arealabretzung zur Straßenverbreiterung; b. den vom Rathe abgelehnten Antrag wegen Aushebung von Privat-Architekten bei allen größeren von der Stadtgemeinde zu unternehmenden Hochbauten; c. Pol. 8 des Budgets der Wasserleitung, die Anstellung eines dritten Expedienten betr.; d. den erfolgten Wiederabbruch der neuerbauten sogenannten Brücke; e. die Eintheilung der Bauparzellen an der Ostseite der Jacobstraße; f. eine Reparaturkostenforderung für die Ausstellungshallen.
- II. Gutachten des Bau- und Versch.-Ausschusses über Befassung der V. Laternenwache in dem Grundstück Sidonienstraße Nr. 60, sowie der VIII. Feuerwache im Reiter Thorhause.**
- III. Gutachten des Oeconomie- bez. Verfassungsausschusses über:** a. die Bedingungen für die Anlage von Straßenbahnlinien; b. Verwilligung eines Beitrags für die Baumanpflanzungen auf der Reudnitz-Grabenstraße; c. Reparatur des Pleisenusers an der Rosenballe; d. Aufstellung des Leibniz-Festmals auf dem Thomaskirchhofe; e. Conto 8. Pol. 2 des Haushaltsplanes; f. die Abrechnung über die Schleusenbauten auf dem Areal des ehemaligen Kohlenbahnhofes; g. Herstellung des Heußiger Weges; h. Herstellung des Dammweges längs der Flußbrinne im Schreibholze; i. das Budgetpostulat für die Waldstraßenschleuse.

Bekanntmachung.

Die Hartortstraße wird der dort vorzunehmenden Pflasterungsarbeiten wegen auf der Strecke zwischen der Pleisengasse und der Kleinen Burggasse von Freitag den 23. d. M. an und auf der Strecke zwischen der Kleinen Burggasse und dem Hofplatze von Montag den 10. Mai d. J. an bis zur Fertigstellung des Pflasters für den Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, am 19. April 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Die neben dem Garnisonlazareth gelegene vormalige Reservelazareth-Küche und ein in dieselbe mündender 15 m langer Verbindungsgang sollen auf Abbruch verkauft werden. Kaufsüchtige wollen ihre Anbote versiegelt mit Aufschrift: „Reservelazareth-Küche“ bis 10. d. M. Vormittags 11 Uhr an das Garnisonlazareth, wo die Bedingungen aufliegen, einbringen.
Leipzig, am 6. Mai 1880.
Das Königl. Garnisonlazareth.

Bekanntmachung.

In der verlängerten Pfaffenborfer, Nord-, Gutrischer und Gohliser Straße, sowie in den Straßen C und D des nördlichen Bebauungsplanes sollen Schleusen III. Classe erbaut und die erforderlichen Arbeiten an einen Unternehmer in Accord verdingen werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen im Rathsbauamt, Rathshaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Schleusen des nördlichen Bebauungsplanes betr.
versehen ebendasselbst und zwar bis zum 19. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 5. Mai 1880.
Des Rathes der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Längs des Volksschulgebäudes an der Sebastian-Bach-, Hauptmann- und Hiller-Straße sollen Granitplatten und bez. dergleichen Schwellen gelegt und die damit verbundenen Steinmearbeiten an einen Unternehmer in Accord verdingen werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Rathshaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Granit-Trottoirs an der Volksschule
versehen ebendasselbst und zwar bis zum 19. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 5. Mai 1880.
Des Rathes der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die in den Rath's-Forstrevieren erkundenen Hölzer sind innerhalb 14 Tagen abzufahren, widrigenfalls nach den Licitationsbedingungen verfahren werden müßte.
Leipzig, am 5. Mai 1880.
Des Rathes Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Am Auktionslocale des hiesigen königlichen Amtsgerichts, Ecke der Hartortstraße und Pleisengasse, soll den 12. Mai 1880, Nachmittags 3 Uhr eine große Partie verschiedener Tamen- und Herren Paletots, sowie Schlafrock-Stoffe öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.
Leipzig, am 8. Mai 1880.
Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts daselbst.
i. v. Freytag.

Die Steuerpolitik des Reichskanzlers.

Es ist kein freundliches Bild, welches die Debatten des Reichstages vor den Augen des deutschen Volkes entrollt haben. Wohin wir auch blicken, überall zeigt sich auf Seiten der Regierung wie des Parlamentes Verstimmung und Unzufriedenheit, und fast scheint es, als würde der Schluß der Sitzungen, der täglich erwartet wird, von beiden Seiten sehnlich herbeigewünscht. Unter diesen Eindrücken treten die Einzelfragen, welche die diesjährige Session ausgefüllt haben, immer mehr zurück vor der Gesamtlage der inneren Politik. Geben wir uns keinen Täuschungen hin, die Zuversicht auf durchschlagende Erfolge der vom Reichskanzler inaugurierten und mit so großer Energie in Angriff genommenen Reform unserer Wirtschaft- und Steuerpolitik hat ernstlichen Zweifel und schwerwiegenden Bedenken Platz gemacht. Immer mehr geht der „conservative Hauch“ in das Verlangen über, endlich einmal zur Ruhe zu kommen, sich in das Neugeschaffene einzulassen und es nach Möglichkeit fruchtbar zu machen. So willig man auch sein mag, die Ueberladung macht sich endlich doch geltend, und das Bedürfnis nach Mäßigkeit tritt in sein Recht. Auf den überreizten Körper versagen neue Reizmittel ihre Wirkung, auch die rastlose Initiative des gewaltigen Reichskanzlers verliert schließlich ihre hinreichende Macht. Jedes reife Volk hat das ebenso berechtigtes als auf die Dauer unabweisliche Verlangen, denjenigen Grad allgemeiner Wohlthat zu erreichen, der unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, und den Weg dahin nach seiner besten Ueberzeugung zu wählen. Alle Versuche, auf andere Art und im Gegensatz zu seinen Ueberzeugungen die Volkswohlfahrt einem unbekanntem, wenn auch noch so verlockenden Ziele entgegen zu führen, müssen schließlich doch mit einem Mißerfolge enden. In einer verachtlichen kritischen Lage befinden wir uns gegenwärtig.

Der Reichskanzler hat die Volkseinstimmung in einer Richtung geleitet, in welcher sie ihm nicht länger zu folgen vermag, und wenn nichts Anderes, so ist es die vis inertiae, welche zum wenigsten einen Stillstand erzwingt. Die Auflösung des Volkes in Interessengruppen, das geistreiche Schachspiel der Gruppierung derselben mit und gegen einander hat der Politik des Reichskanzlers im vorigen Jahre Erfolge eingebracht, welche kaum ein Jahr früher noch unerreichbar erschienen. Aber bis zur Ordnung seines Gedäudes hält diese Regierungskunst nicht vor, weil sie eben die Strömung im Volke nicht in ihrem Gefolge festzuhalten vermag. Der Reichskanzler hat die parlamentarischen Parteien zerlegt, gefördert oder bei Seite geschoben, wie es die augenblickliche Lage ihm zweckdienlich erscheinen ließ, er hat die Bundesregierungen für seine Pläne zu gewinnen verstanden, er hat endlich das bürocratische Element in Preußen wie im Reich einflußlos gemacht. Daß es so weit hat kommen können, dafür darf man den Grund nicht allein in dem moralischen Uebergewicht seiner großartig angelegten Natur und seiner staunenswerthen Energie suchen, noch auch in der wohlverdienten Anerkennung, welche das Volk dem Schöpfer des Deutschen Reiches und dem genialen Leiter seiner auswärtigen Politik willig darbrachte,

sondern vielmehr in der geschickten Benutzung der seit 1873 hereingebrochenen wirtschaftlichen Krisis.

Man mag die Vorzüge des indirecten Steuerhüdens noch so hoch anschlagen; daß mit seiner Durchführung der Volkswohlfahrt gehoben werden kann, dieser Glaube ist stark ins Wanken gekommen. Ebenso wenig wird eine reichliche Füllung der Reichs- und Staatssassen als unerschöpfbares Mittel anerkannt, das wirtschaftliche Gedeihen des Volkes sicher zu stellen. Eine wesentliche Steigerung der Steuerlast wirkt auf die Gesamtheit der Steuerzahler immer nachtheilig; nur für kurze Zeit kann die Illusion vorhalten, daß eine Erleichterung an einer Stelle möglich sei, ohne eine andere um so stärker zu beschweren. Wir haben uns eine Zeit lang eingebildet, daß wir reich seien, und darüber vergessen, daß wir verhältnismäßig doch arm geblieben sind und nur durch stärkere Anspannung unserer wirtschaftlichen Kräfte und durch die Rückkehr zu der früheren Sparsamkeit vorwärts kommen können. Wer nicht blind ist, kann, wohin er blickt, sehen, daß die Parole „Einschränkung des Verbrauches“ noch heute allenthalben an der Tagesordnung ist. Wo soll da ein Mehrertrag der indirecten Steuern herkommen, ohne den Steuerdruck zu steigern? Die Zollergebnisse des abgelaufenen Jahres entsprechen durchaus dieser Sachlage. Denn wenn man die speculativen Mehreinkünfte wichtiger Verbrauchsartikel vor dem Infracttreten des neuen Zolltarifs auch voll berücksichtigt, so läßt sich aus den Zolleinnahmen eine Steigerung der Consumtionsfähigkeit doch nirgend nachweisen, wie viel immer die Officio von einer Besserung der Erwerbsverhältnisse zu erzählen wissen. Tritt dagegen dieser antieipirte Umkehrung zum Besten, wie wir ja auch hoffen, in nächster Zeit wirklich in erheblichem Maße als bisher ein, nun so ist ja das Reich auch ohne neue Bewilligungen mit Schöpfergeistes reichlich genug versehen, um das Mehr, das Verbrauch und Verkehr abzugeben, in die Reichscaße zu sammeln. Alle unsere Finanzanschläge und Berechnungen sind auf den geschwächerten Erträgen der sieben mageren Jahre basirt; sobald wir diese überwinden haben, dürften leicht alle Gründe für weitere neue Reichsteuern hinwegräumen werden, sofern es uns nicht gelüftet, das Ausgabebudget fortbauend sprunghaft zu vermehren. Wenn erst Hölle und Verbrauchsteuern wieder reichlicher fließen, wenn in Preußen und anderen Staaten die Staatsbahnen in Folge einer Verkehrs Zunahme, die Bergwerke, Hütten und Forsten in Folge eines industriellen Aufschwunges wieder größere Erträge abwerfen, so ist die Finanznoth sofort beseitigt.

Was hindert uns, diese Wendung unserer Finanzlage abzuwarten? Ist irgendwo Gefahr im Verzuge, wenn die Budgets des Reiches und der Einzelstaaten sich noch einige Zeit auf einen knappen Zuschnitt einrichten? Die Regierungen wirtschaften natürlich lieber mit vollen Casen; insbesondere ist dem Reichskanzler die Begrenzung durch finanzielle Rücksichten und die Gebundenheit an Bewilligungen der Volkvertreterungen sehr un bequem. Aber das Gesamtwohl kann dabei sehr gut bestehen, und darum liegt ein Anlaß zu neuen Bewilligungen nicht vor. Hätten wir eine streng parlamentarische Regierung, sie würde nach

den Mißerfolgen der letzten Reichstagsession wechseln müssen. Da im Reich indess nur die Volkvertretung der bewegliche Factor ist, so läßt sich für die nächste Reichstagsession die Wiederholung der diesmal gescheiterten Vorlagen oder anderer Surrogate derselben erwarten. Der Schwerpunkt der endlichen Entscheidung über unsere Steuerpolitik liegt indess schon heute nicht mehr beim Reichskanzler. Es ist kaum anzunehmen, daß er den Widerstand des Reichstages gegen seine Steuerprojecte durch einen Appell an die Wähler zu brechen versuchen sollte. Denn wie im Falle einer Auflösung die Neuwahlen auch immer ausfallen möchten, so viel scheint sicher, der Widerspruch der Wählerkreise gegen neue Belastungen wird darin jedenfalls einen entschiedeneren Ausdruck finden, als bisher, trotz des Raubers, welchen der Name des Fürsten Bismarck auf die Massen ausübt.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 8. Mai.

Ueber Aeußerungen des Reichskanzlers bezüglich der weiteren Schritte der Regierung zur Beilegung des Culturkampfes, welche in der parlamentarischen Soirée am Dienstag gefallen sind, werden mehrere von einander abweichende Versionen verbreitet. So viel läßt sich daraus indess wohl als unzweifelhaft entnehmen, daß der Reichskanzler auf das Zustandekommen eines Ausgleichs mit großer Wahrscheinlichkeit rechnet, und daß deshalb der preussische Landtag mit einer begünstigten Gesetzwahl noch während der Nachsession besetzt werden wird. „Man will auch bereits wissen“ — so schreibt man uns aus Berlin — „daß diese Vorlage nur drei Paragraphen enthalten würde, was aber darin verlangt werden möchte, darüber zerbricht man sich vergeblich den Kopf. Wenn man festhält, daß der Reichskanzler, wie er auch diesmal erklärt haben soll, nicht daran denke, die Waffen gegen Rom, die ganze Culturkampfgesetzgebung irgendwie abzuändern oder abzumuscheln, daß es sich also nur um Herstellung eines modus vivendi und zwar auch erst dann handeln kann, wenn die Curie ihre Friedensliebe durch Thaten beweist, so verengt sich der Kreis der Gesichtspunkte, welche unter Mitwirkung des Landtages zu regeln sind, sehr erheblich. Das dringende Bedürfnis der Kirche geht auf die Wiederbesetzung der erledigten geistlichen Aemter von den Bischöfen bis zu den Pfarrern. Zunächst tritt die Frage wegen der Wiederbesetzung der Bischöfe hervor. Die staatliche Absetzung kann offenbar nicht einfach annullirt, etwa im Gnadenwege, und damit die Rückkehr der Abgesetzten in ihre früheren Aemter zugelassen werden. Dann ist die Frage der Wiederbesetzung der Pfarren nicht lediglich durch Concurrenten der Behörden zu lösen. Das Gesetz vom 11. Mai 1873 beschränkt die Dispensirtheilung des Cultusministeriums so weit, daß unter Aufrechterhaltung dieser Beschränkungen eine Wiederbesetzung der großen Mehrzahl der erledigten Stellen nicht ausführbar scheint, wenigstens nicht in nächster Zeit und nicht ohne stricke Unterwerfung des jüngeren Nachwuchses unter das Cultur-examen. Diese Forderung wird die Curie direct niemals zugestehen, es muß also ein Ausweg gefunden werden, damit die Regierung, ohne gegen

das Gesetz geradezu zu verstoßen, Anstellungen gesetzlich nicht qualifizirter Personen zulassen darf. Kechnlich liegen die Dinge bezüglich der Vorbildungsanstalten für katholische Geistliche. Die Kirche kann dieselben nicht wohl entbehren, es entspricht auch offenbar nicht den Absichten der Regierung, die Pfarren in Preußen mit Ausländern besetzt zu sehen. Was in Elsas-Pothringen bezüglich des kleinen Seminars in Jülichheim zugestanden werden konnte, wird man in anderer Form auch für Preußen möglich machen wollen. Damit dürften die Gesichtspunkte in der Hauptsache umschrieben sein, bezüglich deren die Regierung zur Herstellung eines friedlichen Verhältnisses mit der Curie einer Ermächtigung der Landesvertretung bedarf.“

* Deutscher Reichstag. Berlin, 7. Mai. Der Reichstag nahm heute in erster und zweiter Lesung die Handelsübereinkunft mit der Schweiz an, nachdem Abg. Sonnemann dem Bedauern Ausdruck gegeben, das definitive dauernde Handelsverträge dem jetzigen Systeme nicht mehr zu Stande kommen wollten. Abg. Lang ging das Haus zur dritten Berathung des Buchengesetzes über. Abg. Schulze Deligich erklärte, daß die Fortschrittspartei auch gegen die Polizeigesetze stimmen müsse, da die von ihm vorgeschlagenen Aenderungen nicht acceptirt werden seien und das Gesetz sehr gefährliche Consequenzen, wie namentlich die Beschränkung der Wechselgängigkeit, nach sich ziehen werde. Auch die Abg. Richter und Richter-Dagen erklärten sich gegen das Gesetz, da man damit die beabsichtigte Wirkung nicht erzielen, oder mit dem wucherischen auch das legitime Creditgeschäft treffen werde. Dagegen trat Abg. Marguardt für die Nothwendigkeit gesetzgeberischer Schutzmaßnahmen gegen den Wucher ein. Von Seiten der Redner des Centrums und der Conservativen wurde auch die Beschränkung der Wechselgängigkeit auf Kaufleute für ein unabwiesbares Bedürfnis erklärt. Art. 1. und 2. der Vorlage (Strafbestimmungen) wurden darauf angenommen; den Art. 3. der die civilrechtlichen Folgen des Wuchers regelt, empfahl Abg. Witte-Schweidnig zu streichen; namentlich sei es unrecht, dem Wucherer auch die legitimen Zinsen abzuschneiden. Ihm traten Abg. Kiefer und Staatssecretair v. Schelling entgegen, worauf Art. 3. und das ganze Gesetz mit großer Mehrheit angenommen wurden. Abg. Wesseler erklärte, die Beschränkung der Wechselgängigkeit vom dem Antragsteller Abg. Graf Bismarck befürwortet; Staatssecretair von Schelling erklärte, daß die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit sich gegen die Zulässigkeit und Möglichkeit einer solchen Beschränkung ausgesprochen haben. Abg. Wesseler bittet, die Resolution abzulehnen und an dem großen Princip der deutschen Wechselordnung festzuhalten. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich die Resolution mit 136 gegen 99 Stimmen angenommen und alsdann ohne wesentliche Debatte in dritter Lesung das Viehwuchergesetz erlassen.

Der Schluß der Reichstagsession wird wohl für Montag in Aussicht genommen werden können. Es werden nur noch Wahlprüfungen und die vorliegenden mit auswärtigen Staaten getroffenen Abkommen zur Erledigung gelangen. Der Antrag Laßler betr. die Hamburger Pollfrage wird nicht mehr zur Verhandlung kommen; das Haus hat sich in seiner Mehrheit dagegen ausgesprochen, diesen Antrag noch auf die Tagesordnung zu setzen. Das betreffende Schlußwort der Session mit der Regierung getroffene Abkommen hat der Mehrheit eine erwünschte Handhabe, um der Verhandlung über diesen Antrag, die voraussichtlich große Dimensionen angenommen hätte,